



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
i.V. NRW e.V.

Armin Laschet
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Fax vorab: 0211 837-1562

nachrichtlich: Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes
Nordrhein-Westfalen, Herrn Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Berger Allee 25,
40213 Düsseldorf, per Fax: 0211 61772-700

Offener Brief zur neuen Braunkohle-Leitentscheidung

Zivilgesellschaft fordert strikte Ausrichtung der neuen Leitentscheidung am 1,5° Klimaziel, ein Moratorium für Rückbauarbeiten sowie eine umfassende Bürgerbeteiligung im gesamten Prozess

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit den Beschlüssen zum Kohleausstieg werden neue Weichenstellungen für das Rheinische Braunkohlenrevier erforderlich. Die Landesregierung hat angekündigt dazu eine neue Leitentscheidung zur Braunkohle zu treffen, um die planerischen Grundlagen an die durch den Kohleausstieg geänderten Rahmenbedingungen anzupassen. Dazu sind bereits verschiedene informelle Vorgespräche des zuständigen Ministeriums mit verschiedenen Stakeholdern geführt worden.

Heute wenden wir uns stellvertretend für ein breites gesellschaftliches Bündnis mit der dringenden Bitte an Sie, nicht wie bei den voran gegangenen drei Leitentscheidungen einseitig die Interessen des bergbautreibenden Unternehmens RWE zu berücksichtigen, sondern vielmehr den Interessen des Klimaschutzes und dem Schutz der Tagebaubetroffenen oberste Priorität einzuräumen. Die notwendigen zukunftsweisenden Entscheidungen für die ökologisch-soziale Transformation des Braunkohlenreviers sind unseres Erachtens nur dann auf Dauer tragfähig und stoßen auf breite Akzeptanz, wenn dabei bestimmte Kriterien erfüllt werden. Diese haben wir im Folgenden skizziert:

Anforderungen an die 4. Leitentscheidung zur Braunkohlenpolitik

1. Präambel/oberste Prämisse

Um **langfristige Planungssicherheit** für alle beteiligten Akteure im Rheinischen Revier und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen zu gewährleisten, muss die neue Leitentscheidung so gestaltet werden, dass sie das **1,5°-Ziels des Pariser Klima-Abkommens** einhält.

Aus diesem Grunde sind alle weiteren Planungen – insbesondere die Braunkohlepläne und maximale zukünftige Braunkohlefördermengen – daraufhin zu überprüfen, ob sie mit der Einhaltung dieses Ziels kompatibel sind.

2. Voraussetzungen

Bis zur Verabschiedung der neuen Leitentscheidung werden im Rheinischen Braunkohlenrevier **keine irreversiblen Tatsachen** geschaffen. Es gilt insbesondere ein Moratorium für Zerstörungen (sogenannten „Rückbauarbeiten“) an Häusern, Kirchen, Denkmälern und dörflicher Infrastruktur. Aktuelle Planungen, die dem widersprechen, werden ausgesetzt.

Der **soziale Frieden** der Region muss wieder hergestellt werden. Um dies zu erreichen ist es notwendig eine Leitentscheidung aufzustellen, die eine gesamtgesellschaftliche **Akzeptanz** finden kann. Dazu bedarf es ein hohes Maß an **Transparenz** und eine breite **Partizipation**.

3. Aufstellungsprozess

Der gesamte Prozess der Leitentscheidung, sowie dessen Ergebnisse werden von einem **Beirat** begleitet und bewertet. Der Beirat setzt sich zu gleichen Teilen aus Vertreter*innen von Wissenschaft, Kommunen, Umweltverbänden, Zivilgesellschaft, Anwohner*innen und Wirtschaft zusammen.

Um **demokratische Legitimität** zu erreichen braucht es einen breiten und transparenten **Beteiligungsprozess**. Eingebrachte Forderungen müssen in der Leitentscheidung berücksichtigt werden. Falls diese nicht berücksichtigt werden, bedarf es einer einsehbaren Begründung derselben. Ferner muss die Leitentscheidung unter einen **Parlamentsvorbehalt** gestellt werden, damit auch gewählte Volksvertreter*innen mitentscheiden können.

Basis für die Erarbeitung der Leitentscheidung muss die **ganze Bandbreite unabhängiger Gutachten** in den Bereichen Klimaschutz, Energiewirtschaft, Ökologie und Sozialverträglichkeit sein.

Diese Gutachten sind insbesondere durch **Untersuchungen** zu ergänzen, wie die sich ergebenden maximalen Braunkohlefördermengen, sowie die zur Rekultivierung und Böschungssicherung erforderlichen Abraummengen unter **Schonung besiedelter Bereiche** und unter **Flächenschutzaspekten** – auch im Sinne der landwirtschaftlichen Nutzung und für nachhaltigen Strukturwandel – gewinnen lassen.

Soziale und wirtschaftliche Härten für betroffene Anwohner*innen sind auszuschließen. Um den sozialen Frieden in der Region wieder herzustellen, sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um den Erhalt der bedrohten Dörfer sicherzustellen.

Im Rahmen der Aufstellung der Leitentscheidung sind auch unter Einbeziehung der Tagebaubetroffenen Möglichkeiten und konkrete Maßnahmen zum Schutz und zur **Revitalisierung der Tagebaudörfer und Tagebauranddörfer** festzulegen.

Die Leitentscheidung muss Maßnahmen für die ökologische Aufwertung der Region zum Beispiel durch ein „**Biotopverbundsystem Rheinisches Revier**“ beinhalten. Eine „Verinselung“ der Restflächen des Hambacher Waldes und andere Gefährdungen der Bürgewälder durch den Tagebau müssen ausgeschlossen werden.

Dem fortschreitenden Verlust an Artenvielfalt in der Region ist durch eine stärkere **Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes** – auch im Offenland – Rechnung zu tragen. Die verbliebenen Bürgewälder (Hambacher Wald, Merzenicher Erbwald, Teile der Steinheide) werden gemäß der europäischen Vorgaben als FFH-Gebiete ausgewiesen.

Wir sind sicher, dass bei Beachtung dieser Anforderungen eine konstruktive Zusammenarbeit und Mitwirkung im Rahmen des Aufstellungsprozesses der neuen Leitentscheidung ermöglicht wird. Nur so kann die Basis für eine dauerhafte Überführung des Reviers in eine Zukunftsregion gewährleistet werden.

Gerne erläutern wir Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, unsere Anregungen auch persönlich. Dazu stehen wir zum Beispiel am 6. August um 11 Uhr vor der Staatskanzlei in Düsseldorf zur Verfügung.

Für eine Antwort wären wir dankbar.

Mit freundlichen Grüßen


Andreas Büttgen
Buirer für Buir


David Dresen
Alle Dörfer bleiben


Dr. Christiane Aeverbeck
Klima-Allianz Deutschland


Dirk Jansen
BUND NRW

Die hier formulierten Anforderungen an die 4. Leitentscheidung zur Braunkohlenpolitik werden von folgenden weiteren Institutionen/Organisationen unterstützt:



Die Kirche(n) im Dorf lassen



Wir in HOLZWEILER

